

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Marco Brunotte, Heinrich Aller, Wolfgang Jüttner, Dr. Silke Lesemann, Sigrid Leuschner, Stefan Politze und Stefan Schostok (SPD), eingegangen am 13.05.2009

Kinderschutz à la CDU und FDP: Welche Auswirkungen hat das geplante Landesgesetz zum verbindlichen Einladungswesen auf die Kinder- und Jugendhilfe der Region Hannover und der 21 Mitgliedskommunen Barsinghausen, Burgdorf, Burgwedel, Garbsen, Gehrden, Hannover, Hemmingen, Isernhagen, Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze, Wedemark, Wennigsen und Wunstorf?

Nach wiederholten Ankündigungen hat die Landesregierung am 10. Dezember 2008 dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Gesundheit und Verbesserung des Schutzes von Kindern in Niedersachsen (Drs. 16/755) zur Beratung vorgelegt. Der Entwurf beschränkt sich im Wesentlichen auf Bestimmungen für ein sogenanntes verbindliches Einladungswesen für die von den gesetzlichen Krankenkassen angebotenen Früherkennungsuntersuchungen. Gleich nach Vorlage des Entwurfs geriet dieser in die Kritik. Insbesondere wird - wie zuletzt in der Anhörung des Sozialausschusses des Landtages am 10. März 2009 - von zahlreichen Experten und Praktikern massiv bezweifelt, dass das geplante Gesetz tatsächliche Fortschritte für den Kinderschutz bringt. Das Land stelle sich aus der Verantwortung nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! - So sammle das Land in einem bürokratischen Prozess lediglich die Adressen säumiger Eltern ein und überlasse es dann den kommunalen Jugendämtern, wie sie mit den Adressen umgingen. Zusätzliche Mittel verweigere das Land den Jugendämtern, obwohl schon heute die Jugendhilfeeinrichtungen zahlreicher Landkreise und Städte an der Kapazitätsgrenze arbeiteten.

Wir fragen deshalb die Landesregierung:

1. Wie hat sich vom Jahr 2000 bis heute die personelle Situation in der aufsuchenden Kinder- und Jugendhilfe - aufgeschlüsselt nach ambulanten und stationären Maßnahmen - in der Region Hannover und den 21 Mitgliedskommunen Barsinghausen, Burgdorf, Burgwedel, Garbsen, Gehrden, Hannover, Hemmingen, Isernhagen, Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze, Wedemark, Wennigsen und Wunstorf entwickelt (bitte jeweils getrennt nach Region Hannover und den einzelnen Mitgliedskommunen aufschlüsseln)?
2. Wie haben sich vom Jahr 2000 bis heute die Kosten in der aufsuchenden Kinder- und Jugendhilfe - aufgeschlüsselt nach ambulanten und stationären Maßnahmen - in der Region Hannover und den 21 Mitgliedskommunen Barsinghausen, Burgdorf, Burgwedel, Garbsen, Gehrden, Hannover, Hemmingen, Isernhagen, Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze, Wedemark, Wennigsen und Wunstorf entwickelt (bitte jeweils getrennt nach Region Hannover und den einzelnen Mitgliedskommunen aufschlüsseln)?
3. Wie viele Kinder und Jugendliche wurden vom Jahr 2000 bis heute - bitte aufgeschlüsselt nach den einzelnen Jahren - durch ambulante oder stationäre Maßnahmen der aufsuchenden Kinder- und Jugendhilfe in der Region Hannover und den 21 Mitgliedskommunen Barsinghausen, Burgdorf, Burgwedel, Garbsen, Gehrden, Hannover, Hemmingen, Isernhagen, Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze, Wedemark, Wennigsen und Wunstorf erreicht (bitte jeweils getrennt nach Region Hannover und den einzelnen Mitgliedskommunen aufschlüsseln)?

4. Wie viele Adressen von nicht am verbindlichen Einladungswesen teilnehmenden Eltern entfallen nach Auffassung der Landesregierung auf die Region Hannover und die 21 Mitgliedskommunen Barsinghausen, Burgdorf, Burgwedel, Garbsen, Gehrden, Hannover, Hemmingen, Isernhagen, Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze, Wedemark, Wennigsen und Wunstorf (bitte jeweils getrennt nach Region Hannover und den einzelnen Mitgliedskommunen aufschlüsseln)?
5. Wie viele Adressen von nicht am verbindlichen Einladungswesen teilnehmenden Eltern entfallen nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände auf die Region Hannover und die 21 Mitgliedskommunen Barsinghausen, Burgdorf, Burgwedel, Garbsen, Gehrden, Hannover, Hemmingen, Isernhagen, Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze, Wedemark, Wennigsen und Wunstorf (bitte jeweils getrennt nach Region Hannover und den einzelnen Mitgliedskommunen aufschlüsseln)?
6. Mit welchem finanziellen und personellen Mehraufwand muss in der Region Hannover und den 21 Mitgliedskommunen Barsinghausen, Burgdorf, Burgwedel, Garbsen, Gehrden, Hannover, Hemmingen, Isernhagen, Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze, Wedemark, Wennigsen und Wunstorf gerechnet werden, um die in Frage 4 und 5 genannten zusätzlichen Fälle im Sinne des SGB VIII zu bearbeiten (bitte jeweils getrennt nach Region Hannover und den einzelnen Mitgliedskommunen aufschlüsseln)?
7. Wer gleicht diesen zu erwartenden finanziellen Mehraufwand der Region Hannover und den 21 Mitgliedskommunen Barsinghausen, Burgdorf, Burgwedel, Garbsen, Gehrden, Hannover, Hemmingen, Isernhagen, Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze, Wedemark, Wennigsen und Wunstorf aus (bitte jeweils getrennt nach Region Hannover und den einzelnen Mitgliedskommunen aufschlüsseln)?
8. Ist der in Frage 6 genannte zusätzliche Aufwand in der Region Hannover und den 21 Mitgliedskommunen Barsinghausen, Burgdorf, Burgwedel, Garbsen, Gehrden, Hannover, Hemmingen, Isernhagen, Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze, Wedemark, Wennigsen und Wunstorf mit dem schon vorhandenen Personal abzudecken, oder wie viel zusätzliches Personal müsste dafür in der Region Hannover und den 21 Mitgliedskommunen Barsinghausen, Burgdorf, Burgwedel, Garbsen, Gehrden, Hannover, Hemmingen, Isernhagen, Laatzen, Langenhagen, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze, Wedemark, Wennigsen und Wunstorf eingestellt werden (bitte jeweils getrennt nach Region Hannover und den einzelnen Mitgliedskommunen aufschlüsseln)?
9. Lösen die in den vorhergehenden Fragen genannten Sachverhalte nach Auffassung der Landesregierung die Konnexität gemäß Artikel 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung aus?

(An die Staatskanzlei übersandt am 19.05.2009 - II/721 - 321)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
- 01.21 - 41543 (321) -

Hannover, den 20.08.2009

Mit dem Gesetzentwurf verfolgt die Landesregierung gemäß § 1 das Ziel, die Gesundheit von Kindern zu fördern und den Kinderschutz zu verbessern (Drs. 16/755).

Beide Themenfelder haben für die Landesregierung eine besondere Bedeutung. Aus diesem Grund gehen die Aktivitäten zur allgemein anerkannt notwendigen Verbesserung des Kinderschutzes über die Einbringung dieses Gesetzes hinaus. Die Landesregierung setzt auf ein Bündel von aufeinander abgestimmten Maßnahmen, wie z. B.

- 200 Familienhebammen unterstützen überforderte Eltern bereits vor der Geburt ihres Kindes.
- Das Projekt „welcome“ bietet an bislang 28 Standorten ein praktisches Unterstützungsprogramm zur Alltagsbewältigung nach der Geburt des Kindes.
- Einsatz von Erziehungslotsen.
- Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern beispielsweise durch die Förderung von Familienbildungsstätten durch das Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (NIFBE).
- Mit dem Programm „Familien mit Zukunft“ fördert das Land 280 Familien- und Kinderservicebüros als zentrale Anlaufstellen für Familien.
- Durch vier Koordinierungszentren Kinderschutz erfolgt ein wirksamer Ausbau von Kinderschutzmaßnahmen in den Städten und Gemeinden; Handlungsabläufe werden besser aufeinander abgestimmt.
- Förderung von Weiterbildungskursen zur Kinderschutzfachkraft.
- Unterstützung der gesundheitlichen Entwicklung junger Menschen durch Tabakprävention, gesunde Ernährung, Bewegung, Impfungen etc.

Das geplante Einladungs- und Meldewesen für Früherkennungsuntersuchungen stellt einen weiteren, wichtigen Baustein in dem Gesamtkonzept dar.

Ein effektiver Kinderschutz setzt voraus, dass rechtzeitig Anhaltspunkte für Verdachtsfälle erkannt werden können. Dies gilt insbesondere für die ersten Lebensjahre vor dem Besuch eines Kindergartens oder vor der Einschulung. Das Einladungs- und Meldewesen ist nach Einschätzung der Landesregierung ein guter Weg, um insbesondere junge Kinder aufzufinden, die möglicherweise der Hilfe und des Schutzes bedürfen.

Informationen über die personelle Situation, die Kosten und die Fallzahlen in der aufsuchenden Kinder- und Jugendhilfe seit dem Jahr 2000 liegen lediglich den dafür zuständigen örtlichen Trägern der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe vor. Für die Beantwortung der Fragen war es daher notwendig, die Region Hannover und die regionsangehörigen Kommunen, die örtlicher Jugendhilfeträger sind, um die Zusammenstellung und Aufbereitung umfangreicher Daten zu bitten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Zu den Antworten der Fragen 1 bis 3 ist anzumerken, dass die erfragte Aufschlüsselung nach den 21 Mitgliedskommunen nur teilweise möglich ist. In den Jahren 2000 und 2001 wurden die Aufgaben der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe in Trägerschaft des Landkreises Hannover sowie der Städte Burgdorf, Hannover und Lehrte wahrgenommen. Seit 2002 sind in der Region Hannover die Städte Burgdorf, Hannover, Laatzen, Langenhagen, Lehrte und Springe sowie die Region Hanno-

ver als öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe verantwortlich. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Daten aufgeschlüsselt nach den Trägern der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe, bei der Region Hannover darüber hinaus nach fünf regionalen Untergliederungen, sogenannten Jugendhilfestationen.

Bei den Angaben der Städte Laatzen, Langenhagen und Springe sowie der Region stehen die Daten aus den dargestellten Gründen erst ab dem Jahr 2002 zur Verfügung.

Die Entwicklung der personellen Situation ist den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen. Die Daten beruhen auf den Angaben des jeweiligen örtlichen Trägers der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe. Eine Differenzierung nach ambulanten und stationären Maßnahmen war den Kommunen nicht möglich.

Region Hannover

Siehe **Anlage 1**.

Landeshauptstadt Hannover

Die Landeshauptstadt Hannover erklärte auf Anfrage, dass sie zu dieser Frage keine Auskunft geben könne, da ihr die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der freien Wohlfahrtspflege, die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind, nicht bekannt sei.

Stadt Burgdorf

Jahr	Vollzeitstellen
2000	2,8
2009	2,8

Stadt Laatzen

In Laatzen sind vier Vollzeitstellen im Allgemeinen Sozialdienst, eine Vollzeitstelle im Bereich der Jugendgerichtshilfe sowie 0,5 Stellen für die Eingliederungshilfe gemäß § 35 a SGB VIII eingerichtet. Die Anzahl der Planstellen ist seit dem 01.01.2002, also seit der Übernahme der Aufgaben, unverändert.

Stadt Langenhagen

Jahr	Vollzeitstellen
2002	10
2003	10
2004	10
2005	10
2006	10
2007	11
2008	12

Stadt Lehrte

Jahr	Vollzeitstellen
2000	6,53
2008	7,71

Stadt Springe

Jahr	Vollzeitstellen
Ab 01.08.2002	3,5
2003	3,5
2004	3,5
2005	3,5
2006	3,5
2007	3,8
2008	4,6

Zu 2:

Die Entwicklung der Kosten ist den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen. Die Daten beruhen auf den Angaben des jeweiligen örtlichen Trägers der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe.

Region Hannover

Siehe **Anlage 2**.

Daten für das Jahr 2008 stehen noch nicht zur Verfügung.

Landeshauptstadt Hannover

Jahr	Kosten		
	ambulant	stationär	Summe
2000	5 963 520 Euro	30 742 959 Euro	36 706 479 Euro
2001	7 012 120 Euro	32 152 722 Euro	39 164 842 Euro
2002	8 514 384 Euro	33 727 269 Euro	42 241 653 Euro
2003	9 853 407 Euro	38 308 268 Euro	48 161 675 Euro
2004	9 815 174 Euro	35 588 654 Euro	45 403 828 Euro
2005	9 598 599 Euro	34 210 996 Euro	43 809 595 Euro
2006	9 560 160 Euro	32 692 553 Euro	42 252 713 Euro
2007	9 899 663 Euro	34 573 089 Euro	44 472 752 Euro
2008	10 722 967 Euro	35 929 816 Euro	46 652 783 Euro

Stadt Burgdorf

Jahr	Kosten		
	ambulant	stationär	Summe
2000	320 353 Euro	791 607 Euro	1 111 960 Euro
2008	789 300 Euro	1 079 800 Euro	1 869 100 Euro

Stadt Laatzen

Jahr	Kosten		
	ambulant	stationär	Summe
2002	203 858,79 Euro	2 116 092,57 Euro	2 319 951,36 Euro
2003	323 071,33 Euro	2 350 460,50 Euro	2 673 531,83 Euro
2004	443 745,63 Euro	2 419 849,46 Euro	2 863 595,09 Euro
2005	459 274,89 Euro	1 988 171,97 Euro	2 447 446,86 Euro
2006	388 478,33 Euro	1 802 532,08 Euro	2 191 010,41 Euro
2007	324 629,75 Euro	1 800 751,37 Euro	2 125 381,12 Euro
2008	522 991,05 Euro	1 746 738,45 Euro	2 269 729,50 Euro

Stadt Langenhagen

Jahr	Kosten		
	ambulant	stationär	Summe
2002	443 127 Euro	3 530 823 Euro	3 973 950 Euro
2003	527 233 Euro	4 274 630 Euro	4 801 863 Euro
2004	896 163 Euro	4 194 891 Euro	5 091 054 Euro
2005	688 346 Euro	4 112 690 Euro	4 801 036 Euro
2006	667 282 Euro	4 306 750 Euro	4 974 032 Euro
2007	812 220 Euro	4 496 329 Euro	5 308 549 Euro
2008	890 194 Euro	4 835 218 Euro	5 725 412 Euro

Stadt Lehrte

Jahr	Kosten		
	ambulant	stationär	Summe
2000	138 747 Euro	1 852 171 Euro	1 990 918 Euro
2001	206 587 Euro	2 059 656 Euro	2 266 243 Euro
2002	428 001 Euro	1 938 266 Euro	2 366 267 Euro
2003	572 935 Euro	2 087 926 Euro	2 660 861 Euro
2004	760 875 Euro	1 709 749 Euro	2 470 624 Euro
2005	607 141 Euro	1 926 676 Euro	2 533 817 Euro
2006	641 836 Euro	1 904 500 Euro	2 546 336 Euro
2007	725 587 Euro	1 760 676 Euro	2 486 263 Euro
2008	733 209 Euro	1 888 527 Euro	2 621 736 Euro

Stadt Springe

Jahr	Kosten		
	ambulant	stationär	Summe
Ab 01.08.2002	214 499 Euro	386 425 Euro	600 924 Euro
2003	1 097 169 Euro	698 740 Euro	1 795 909 Euro
2004	1 015 920 Euro	815 413 Euro	1 831 333 Euro
2005	1 018 447 Euro	812 192 Euro	1 830 639 Euro
2006	1 138 785 Euro	724 916 Euro	1 863 701 Euro
2007	840 995 Euro	1 035 757 Euro	1 876 752 Euro
2008	1 109 505 Euro	1 339 208 Euro	2 448 713 Euro

Zu 3:

Die Fallzahlen sind den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen. Die Daten beruhen auf den Angaben der jeweiligen örtlichen Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe.

Region Hannover

Siehe **Anlage 3**.

Daten für das Jahr 2008 stehen noch nicht zur Verfügung.

Landeshauptstadt Hannover

Jahr	Fallzahlen		
	ambulant	stationär	Summe
2000	437	905	1 342
2001	677	879	1 556
2002	934	893	1 827
2003	1 249	945	2 194
2004	1 203	936	2 139
2005	1 213	904	2 117
2006	1 241	879	2 120
2007	1 311	850	2 161
2008	1 367	879	2 246

Stadt Burgdorf

Jahr	Fallzahlen		
	ambulant	stationär	Summe
2000	36	30	66
2001	39	42	81
2002	54	43	97
2003	55	42	97
2004	51	42	93
2005	59	55	114
2006	59	44	103
2007	62	44	106
2008	66	46	112

Stadt Laatzen

Jahr	Fallzahlen		
	ambulant	stationär	Summe
2002	111	156	267
2003	124	153	277
2004	162	123	285
2005	166	92	258
2006	141	85	226
2007	140	85	225
2008	188	99	287

Stadt Langenhagen

Jahr	Fallzahlen		
	ambulant	stationär	Summe
2002	80	119	199
2003	88	131	219
2004	114	148	262
2005	115	143	258
2006	116	157	273
2007	109	159	268
2008	99	162	261

Stadt Lehrte

Jahr	Fallzahlen		
	ambulant	stationär	Summe
2000	45	55	100
2001	63	49	112
2002	63	49	112
2003	115	59	174
2004	98	52	150
2005	125	62	187
2006	107	63	170
2007	109	61	170
2008	108	65	173

Stadt Springe

Jahr	Fallzahlen		
	ambulant	stationär	Summe
Ab 01.08.2002	83	60	143
2003	115	55	170
2004	119	53	172
2005	144	58	202
2006	121	59	180
2007	143	64	207
2008	126	80	206

Zu 4:

Wie bereits in der Begründung des Gesetzentwurfs dargelegt, geht die Landesregierung nach vorsichtiger Schätzung davon aus, dass zu Beginn des Einlade- und Meldeverfahrens für ca. 5 % der eingeladenen Kinder (über alle einbezogenen Untersuchungsstufen gemittelt) eine Meldung über die Nichtteilnahme an die örtlichen Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe gesandt wird.

Ziel des Gesetzes ist es auch, eine Erhöhung der Teilnahmequote an den Früherkennungsuntersuchungen zu erreichen. Eine auf Veranlassung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit durchgeführte Länderumfrage hat deutlich gemacht, dass diese Erhöhung durch ein Einladungs- und Meldewesen erreicht werden kann. Insofern ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Meldungen über eine Nichtteilnahme in der Folgezeit deutlich abnehmen wird.

Zu 5:

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände war im Rahmen der Verbandsanhörung von 21 000 Meldungen landesweit ausgegangen. Dies entspricht einem Anteil von ca. 6,5 % der eingeladenen Kinder.

Zu 6 bis 9:

Die örtlichen Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe erhalten die Meldungen über die Nichtteilnahme. Damit unterstützt die Landesregierung die zuständigen Kommunen in ihrer Möglichkeit zur helfenden Intervention. Der Umgang mit den Meldungen liegt in der Verantwortung der zuständigen Kommunen, da es sich um eine Aufgabe im eigenen Wirkungskreis handelt.

Artikel 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung bestimmt u. a., dass den Gemeinden und Landkreisen und den sonstigen kommunalen Körperschaften durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes durch Verordnung Pflichten zur Erfüllung in eigener Verantwortung zugewiesen und staatliche Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung übertragen werden können. Für die durch Vorschriften nach Satz 1 verursachten erheblichen und notwendigen Kosten ist unverzüglich durch Gesetz der entsprechende finanzielle Ausgleich zu regeln. Soweit sich aus einer Änderung der Vorschriften nach Satz 1 erhebliche Erhöhungen der Kosten ergeben, ist der finanzielle Ausgleich entsprechend anzupassen; im Fall einer Verringerung der Kosten kann er angepasst werden. Der finanzielle Ausgleich für Vorschriften, die vor dem 1. Januar 2006 erlassen worden sind, richtet sich nach dem bisher geltenden Recht. Bei Aufgaben des eigenen Wirkungskreises haben die Kommunen entstehenden Mehraufwand aus allgemeinen Deckungsmitteln zu bestreiten.

Die Förderung der Gesundheit von Kindern soll durch die Erhöhung der Teilnahmequote an den Früherkennungsuntersuchungen erreicht werden. Durch eine stärkere Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen entstehen nicht den Kommunen höhere Ausgaben, sondern zunächst den Krankenkassen, die diese Untersuchungen finanzieren. Dabei kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich höhere Teilnahmequoten und dadurch frühere Behandlungsmöglichkeiten mittel- und langfristig für die Krankenkassen kostenmindernd auswirken.

Es ist nicht erkennbar, dass die Kommunen durch dieses Gesetz eine Aufgabenerweiterung im Rahmen der Kindergesundheit erfahren.

Das Gesetz normiert ein Verfahren mittels dessen Informationen über die Nichtteilnahme eines Kindes an einer Früherkennungsuntersuchung erhoben werden. Diese Informationen werden dann dem zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung gestellt.

Die konkrete Beurteilung der Situation und der vorhandenen Informationen sowie die fachliche Entscheidung über etwaiges weiteres Handeln liegt in der ausschließlichen Verantwortung der zuständigen örtlichen Träger und ergibt sich nicht aus dem Gesetzentwurf.

Somit wird durch den Gesetzentwurf nach Ansicht der Landesregierung den örtlichen Trägern der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe weder eine neue Aufgabe übertragen noch wird eine Aufgabenänderung bewirkt. Ein finanzieller Ausgleich an die kommunalen Körperschaften gemäß Artikel 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung ist deshalb nicht erforderlich.

Auch faktische Veränderungen wie Fallzahlensteigerungen bei Aufgaben, die vor dem Inkrafttreten der Konnexitätsregelung übertragen wurden, lösen keine Konnexitätsfolgen aus.

Mechthild Ross-Luttmann

Anlage

Anlage 1

Anzahl der Personalstellen in den Jahren 2002 – 2008 inkl. jeweils einer Teamleitungsstelle pro Organisationseinheit

Organisationseinheit	Jahr							
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	
Jugendhilfestation für Barsinghausen, Gehrden und Wennigsen	7	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	8	
	1	1	1	1	1	1	1	
Jugendhilfestation für Burgwedel, Isernhagen, Wedemark und Uetze	6,75	6,75	6,75	7	7	7,5	8	
	1	1	1	1	1	1	1	
Jugendhilfestation für Garbsen	10,25	9,25	9,25	8,75	8,75	9	9,5	
	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	
Jugendhilfestation für Neustadt a. Rbge. und Wunstorff	9	9	9	8,5	8,5	8,5	9	
	1	1	1	1	1	1	1	
Zuständigkeitsbereich für Hemmingen, Pattensen, Ronnenberg, Sehnde und Seelze	11	11,5	11	11,5	12	12	11,5	
	4	4	4	4	4	4	4	
Fachdienste: Pflegekinder, Bereitschaftspflege, Hilfen für seelisch behinderte Menschen usw.	7	7	9	9	8,5	9,5	10,25	
Vollzeitstellen gesamt	59,5	59,5	61	60,75	60,75	62,5	64,75	

Anlage 2

Ausgaben Minderjährige ambulante und stationäre Hilfen in den Jahren 2002 - 2007

Jugendhilfe- station	Bereich	2002		2003		2004		2005		2006		2007	
		ambulant	stationär	ambulant	stationär	ambulant	stationär	ambulant	stationär	ambulant	stationär	ambulant	stationär
Barsing- hausen	Barsinghausen, Gehrdten, Wen- nigsen	516.365 €	2.067.054 €	682.583 €	1.853.462 €	1.045.623 €	1.581.097 €	1.042.529 €	1.586.932 €	1.119.798 €	1.478.588 €	1.225.901 €	1.659.494 €
Ronnenberg	Hemmingen, Ronnenberg, Seele, Sehnde	689.144 €	2.418.832 €	939.854 €	3.054.165 €	905.756 €	3.158.777 €	834.253 €	2.882.461 €	824.230 €	2.470.982 €	777.464 €	2.277.759 €
Neustadt	Neustadt, Wunstorf	370.570 €	1.932.527 €	433.597 €	1.668.470 €	392.259 €	1.732.592 €	489.976 €	1.658.765 €	700.872 €	1.701.378 €	762.656 €	1.546.189 €
Garbsen	Garbsen	758.225 €	2.751.420 €	1.113.997 €	2.330.024 €	1.267.601 €	2.235.475 €	1.494.928 €	2.584.727 €	1.658.676 €	2.375.843 €	1.634.542 €	2.313.628 €
Burgwedel	Burgwedel, Isernhagen, Uetze, Wede- mark	419.476 €	1.457.026 €	441.933 €	1.709.349 €	455.821 €	1.960.109 €	426.380 €	1.856.663 €	443.045 €	1.685.878 €	534.912 €	1.791.653 €
Ausgaben, die nicht den einzel- nen Städten zugeordnet wer- den können		377.947 €	4.499.127 €	573.463 €	4.795.439 €	936.971 €	4.458.753 €	919.216 €	4.540.594 €	1.146.913 €	4.258.370 €	1.239.361 €	4.190.801 €
Gesamtausgaben		3.131.727 €	15.125.986 €	4.185.427 €	15.410.909 €	5.004.031 €	15.126.803 €	5.207.282 €	15.090.142 €	5.893.534 €	13.971.039 €	6.174.836 €	13.779.524 €

ambulante Hilfen: § 27 SGB VIII andere amb. Hilfen, § 29 SGB VIII soziale Gruppenarbeit, § 30 SGB VIII Betreuungshel-
fer/Erziehungsbeistand,
§ 31 SGB VIII soz.päd. Fam.hilfe, § 31 SGB VIII FH in Eigenregie, § 32 SGB VIII Tagesgruppe, § 35a SGB VIII seelische
Behinderung ambulant,
§ 35a SGB VIII seelische Behinderung teilstationär, § 35a SGB VIII Teilleistungsstörung

stationäre Hilfen: § 33 SGB VIII Bereitschaftspflege, § 33 SGB VIII Voll- § 35a SGB VIII seelische Behinderung teilstationär, § 35a SGB
zeitpflege, § 34 SGB VIII Heimerziehung, § 34 SGB VIII § 35a SGB VIII seelische Behinderung teilstationär, § 35a SGB
sonst. betr. Wohnform,
§ 35 SGB VIII int. soz.päd. Einzelbetr., § 35a SGB VIII seel. Be-
hind./Vollstat.

Anlage 3

Geleistete stationäre und ambulante Hilfen zur Erziehung für Minderjährige von 0 bis unter 18 Jahren in den Städten und Gemeinden der Zuständigkeit der Region Hannover in den Jahren 2002 - 2007

Städte und Gemeinden in Zuständigkeit der Region Hannover / Organisationseinheit	Jahr													
	2002		2003		2004		2005		2006		2007			
	amb.	stat.	amb.	stat.	amb.	stat.	amb.	stat.	amb.	stat.	amb.	stat.		
Jugendhilfestation für Barsinghausen, Gehrden und Wennigsen	114	138	176	134	266	117	276	122	300	128	302	130		
Jugendhilfestation für Burgwedel, Isernhagen, Wedemark und Uetze	106	133	174	139	282	161	326	160	333	138	308	158		
Jugendhilfestation für Garbsen	114	168	191	149	224	161	256	151	285	142	301	142		
Jugendhilfestation für Neustadt a. Rbge. und Wunstorf	77	151	143	138	193	135	255	141	295	151	315	153		
Zuständigkeitsbereich für Hemmingen, Pattensen, Ronnenberg, Seelze und Sehnde	151	190	253	200	367	209	415	223	389	203	387	196		
Gesamt	562	780	937	760	1332	783	1528	797	1602	762	1613	779		

ambulante Hilfen: § 27 SGB VIII andere amb. Hilfen, § 29 SGB VIII soziale Gruppenarbeit, § 30 SGB VIII Betreuungshelfer/Erziehungsbeistand, § 35a SGB VIII seelische Behinderung teilstationär, § 35a SGB VIII Teilleistungsstörung § 31 SGB VIII soz.päd. Fam.hilfe, § 31 SGB VIII FH in Eigenregie, § 32 SGB VIII Tagesgruppe, § 35a SGB VIII seelische Behinderung ambulant

stationäre Hilfen: § 33 SGB VIII Bereitschaftspflege, § 33 § 35a SGB VIII seelische Behinderung teilstationär, § 35a SGB VIII Teilleistungsstörung SGB VIII Vollzeitpflege, § 34 SGB VIII Heimerziehung, § 34 SGB VIII sonst. beitr. Wohnform, § 35 SGB VIII int. soz.päd. Einzelbehr., § 35a SGB VIII seel. Behind./vollstat.

Geleistete stationäre und ambulante Hilfen zur Erziehung für Minderjährige von 0 bis unter 18 Jahren in den Städten und Gemeinden der Zuständigkeit der Region Hannover dargestellt in den bestehenden Organisationseinheiten (OE) in den Jahren 2002 - 2007

Städte und Gemeinden	2002		2003		2004		2005		2006		2007	
	ambulant	stationär	ambulant	stationär	ambulant	stationär	ambulant	stationär	ambulant	stationär	ambulant	stationär
Region Hannover	64	90	93	90	139	81	151	76	157	80	161	85
Barsinghausen	36	18	53	19	76	21	81	30	81	20	76	28
Burgwedel	114	168	191	149	224	161	256	151	285	142	301	142
Garbsen	20	25	42	23	70	19	62	23	68	21	76	19
Gehrding	22	12	38	16	63	21	67	15	59	18	57	18
Hemmingen	15	24	32	21	45	27	47	30	49	25	54	30
Isernhagen	50	75	85	72	118	70	155	75	171	81	170	80
Neustadt a. Rbge	7	25	9	32	27	35	38	21	44	18	34	17
Pattensen	40	40	65	43	90	36	96	44	83	41	78	36
Ronnenberg	53	79	85	77	114	76	141	99	131	90	140	83
Seelze	29	34	56	32	73	41	73	44	72	36	78	42
Sehnde	19	53	38	56	74	64	95	52	96	48	95	54
Wedemark	30	23	41	21	57	17	63	23	75	27	65	26
Wennigsen	27	76	58	66	75	65	100	66	124	70	145	73
Wunstorf	36	38	51	43	87	49	103	48	107	45	83	46
Uetze	562	780	937	760	1332	783	1528	797	1602	762	1613	779
Gesamt												

ambulante Hilfen: § 27 SGB VIII andere amb. Hilfen, § 29 SGB VIII soziale Gruppenarbeit, § 30 SGB VIII Betreuungshelfer/Erziehungsbeistand, § 31 SGB VIII soz.päd. Fam.hilfe, § 31 SGB VIII FH in Eigenregie, § 32 SGB VIII Tagesgruppe, § 35a SGB VIII seelische Behinderung ambulant, § 35a SGB VIII seelische Behinderung teilstationär, § 35a SGB VIII Teilleistungsstörung

stationäre Hilfen: § 33 SGB VIII Bereitschaftspflege, § 33 SGB VIII Vollzeitpflege, § 34 SGB VIII Heimerziehung, § 34 SGB VIII sonst. betr. Wohnform, § 35 SGB VIII int. soz.päd. Einzelbetr., § 35a SGB VIII seel. Behind./vollstat. § 35a SGB VIII seelische Behinderung teilstationär, § 35a SGB VIII Teilleistungsstörung